

Pressemitteilung



Landesbezirk Sachsen,
Sachsen-Anhalt,
Thüringen



Leipzig, 26.02.2024

Erneute Warnstreiks im kommunalen Nahverkehr in Sachsen-Anhalt

Die Gewerkschaft ver.di ruft die Beschäftigten der kommunalen Nahverkehrsunternehmen in Sachsen-Anhalt vom 29. Februar bis 1. März 2024 zu einem 48-stündigen Warnstreik auf.

Statt auf den erfolgreichen Warnstreik am 19. Februar 2024 mit einem verbesserten Angebot zu reagieren, scheint es auf Seiten des Kommunale Arbeitgeberverbandes (KAV) Sachsen-Anhalt weiterhin kein Interesse an einer zügigen Lösung des Tarifkonfliktes zu geben.

Dazu sagt Paul Schmidt, ver.di-Verhandlungsführer: „Wer jeden Monat bis zu 500 Euro weniger zahlt, als Beschäftigte in anderen Bundesländern für vergleichbare Tätigkeiten erhalten, kann den Kollegen kaum vorwerfen, dass sie unzufrieden sind. Darauf mit einer Entgeltsteigerung von gerade einmal 5 Prozent verteilt auf drei Jahre zu reagieren, ist völlig absurd.“

„Wirklich absurd wird es, wenn die Arbeitgeber uns öffentlich vorwerfen, die Tarifverhandlungen zu belasten und die Verkehrswende zu gefährden. Das Gegenteil ist zutreffend. Die gezahlten Löhne sind nicht konkurrenzfähig, die Belastung ist extrem. Die Beschäftigten werden krank und Nachwuchs ist kaum noch zu bekommen. Wir brauchen endlich massive Investitionen in den ÖPNV – auch und zuvorderst in das Personal. Ansonsten wird der ÖPNV systematisch gegen die Wand gefahren“, ergänzt Schmidt.

Unterstützt werden die Beschäftigten erneut von Aktivisten des Bündnisses #wirfahrenzusammen. Dazu Clara Lecke, Aktivistin in Halle: „Klimakrise und soziale Fragen wurden viel zu lange gegeneinander ausgespielt, damit ist jetzt Schluss! Auch am 3. Streiktag unterstützen wir als Aktive die Beschäftigten in ihrem Kampf für bessere Arbeitsbedingungen, denn uns vereint mehr, als uns trennt. Das Erreichen der Klimaziele ist ohne eine echte Verkehrswende durch die nachhaltige und dauerhafte Stärkung des ÖPNVs und dessen Personal nicht möglich.“

Nach wie vor sind die Arbeitgeber nicht bereit, die massiven Einkommensverluste in Folge der Inflation auszugleichen und die Lohnlücke zu anderen Bundesländern zu schließen. Die Verhandlung über eine Entlastung der Beschäftigten wird kategorisch abgelehnt. Stattdessen sollen sogar der Kündigungsschutz gelockert und der Krankengeldzuschuss gekürzt werden.

Während beispielsweise Beschäftigte im Fahrdienst – die mit Abstand größte Beschäftigtengruppe – in Sachsen ab dem 01.03.2024 bis zu 3.627 Euro im Monat verdienen, erreicht das Fahrpersonal in Sachsen-Anhalt ein Entgelt von maximal 3.141 Euro. Der KAV schlägt vor, in 2024 eine Inflationsausgleichszahlung in Höhe von 2.000 Euro zu zahlen. In 2025 sollen die Entgelte um 3 Prozent und in 2026 um 2 Prozent steigen.

Pressemitteilung



Landesbezirk Sachsen,
Sachsen-Anhalt,
Thüringen



Paul Schmidt führt weiter aus: „Billiglöhne zahlen, Entlastung verweigern und auch noch die Axt an den Kündigungsschutz und den Krankengeldzuschuss legen: Offenbar haben die Arbeitgeber nicht verstanden, was die Zeichen der Zeit sind. Wir werden sie daran erinnern.“

Daher ruft ver.di die Beschäftigten der kommunalen Verkehrsunternehmen in Dessau, Halle, Magdeburg und dem Burgenlandkreis am 29. Februar und 1. März 2024 zu einem ganztägigen Warnstreik auf.

Hintergrund:

Die Einkommens- und Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten im kommunalen Nahverkehr werden in jedem Bundesland gesondert verhandelt. Entsprechend ergeben sich regional teilweise erhebliche Unterschiede. Während die Vergütungen in Sachsen im Zuge der letzten Tarifeinigung massiv weiterentwickelt wurden, weigern sich die Arbeitgeber in Sachsen-Anhalt diese Entwicklung nachzuvollziehen.

Gleichzeitig spitzt sich die Fachkräftesituation im Nahverkehr dramatisch zu. In vielen Städten fallen bereits heute jeden Tag geplante Fahrten aus. Der Verband der Verkehrsunternehmen (VDV) selbst schätzt, dass jährlich 4.000 bis 6.000 Beschäftigte aus den ÖPNV-Unternehmen ausscheiden und derzeit nur mit größter Mühe nachbesetzt werden können.

Diese Zahlen stützt das Statistische Bundesamt. Es hat errechnet, dass die Beschäftigten im ÖPNV überdurchschnittlich alt sind. Während der Anteil der Beschäftigten, die 55 Jahre und älter sind, in der Gesamtwirtschaft bei rund 26 Prozent liegt, beträgt dieser Wert im Nahverkehr rund 40 Prozent. Gleichzeitig ist der Anteil der Beschäftigten die 35 Jahre und jünger sind, mit 14 Prozent gerade einmal halb so hoch wie im Durchschnitt anderer Branchen.

Forderungen in der Tarifrunde:

Entgelt:

- Erhöhung der Tabellenentgelte um 550 Euro pro Monat
- Erhöhung der Ausbildungsentgelte um 250 Euro pro Monat

Arbeitsbedingungen:

- Einführung von Zeitzuschlägen für die Arbeit an Samstagen in Höhe von 15 Prozent
- Erhöhung der Entschädigung für geteilte Dienste auf 30 Euro je Dienstschichtteil
- Erhöhung der Zulagen Schicht- und Wechselschichtarbeit auf 140 Euro bzw. 240 Euro
- Einberechnung der gesetzlichen Pausen in die Arbeitszeit im Fahrdienst
- Verlängerung der Regelungen zum Jubiläumsgeld

Auszubildende:

- Übernahme der Kosten für den Erwerb des Führerscheins der Klasse B, wenn dieser dienstlich notwendig ist
- zwei zusätzliche freie Tage zur Prüfungsvorbereitung vor Zwischen- und Abschlussprüfungen
- Angleichung der Zusatzleistungen an die Regelungen des TV-N Sachsen-Anhalt
- Erhöhung der Jahressonderzahlung auf 65 Prozent

V.i.S.d.P.:
Oliver Greie
ver.di-Landesbezirksleiter für
Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen
für den Inhalt: Pressestelle

Pressestelle:
Karl-Liebknecht-Straße 30-32, 04107 Leipzig
Tel. 0341 52901 110 | Fax 0341 52901 510
eMail: lbz.sat@verdi.de
Internet : www.sat.verdi.de

Vereinte
Dienstleistungs-
gewerkschaft

Pressemitteilung



Landesbezirk Sachsen,
Sachsen-Anhalt,
Thüringen



Ansprechpersonen für Rückfragen:

- zum Verhandlungsgeschehen: Paul Schmidt (Verhandlungsführer):
+ 49 171 2206294
- für Dessau: Wieland Kämpfe (Gewerkschaftssekretär): +49 171 3041069
- für Halle: Lucas Zahn (Gewerkschaftssekretär): +49 151 10664050
- für Magdeburg: Benjamin Schladitz (Gewerkschaftssekretär): +49 151 29906344
- für den Burgenlandkreis: Johannes Mielke (Gewerkschaftssekretär):
+49 151 40744326